

Wie im Harem

Der Tod des Partei-Theoretikers Kardelj erschwert die Suche nach einem Nachfolger für Tito.

Der Abschied von Edvard Kardelj begann schon, als dieser noch lebte: Fast täglich trafen Delegationen aus allen Landesteilen bei dem schwerkranken Kommunisten ein, um seine Verdienste mit Plaketten und Ehrennadeln zu würdigen.

Kardelj erlebte noch, wie ihn die Stadt Karlovač zum Ehrenbürger machte. Ende vorletzter Woche starb er an Krebs. Sein Tod erschwert die ohnehin komplizierte Suche nach einem Nachfolger für den immerhin schon 86 Jahre alten Staats- und Parteichef Tito.

Der schmächtige Kardelj, vor seiner Parteikarriere Volksschullehrer, galt seit über 30 Jahren als Titos engster Vertrauter. Gemeinsam überlebten die beiden Stalins Säuberungen, organisierten den Partisanenkrieg gegen die Deutschen, lösten Jugoslawien von Moskau und schufen die Grundlagen des jugoslawischen Sozialismus. Mehr als jeder andere entwarf der Ideologe Kardelj die Grundlagen des „Dritten Weges“: Arbeiter selbstverwaltung, formale Gleichberechtigung der Nationalitäten, Blockfreiheit. Der Pragmatiker Tito machte damit Politik.

Nun, da Kardelj tot ist, gibt es in Jugoslawien niemanden, dem Tito das Format und die Fähigkeit zutraut, den virulenten Vielvölkerstaat zu führen.

Mögliche Kandidaten schaltete Tito meist selbst aus: Die ehemaligen Außenminister Tepavac und Minić wurden ebenso zurückgedrängt wie der serbische Reformler Nikezić und der kroatische Nationalist Tripalo. Auch der als liberal geltende Wladimir Bakarić, Mitglied des Staatspräsidiums, verlor an Einfluß.

Damit nach seinem Tod niemand zu mächtig wird, erfand Tito das Prinzip der „kollektiven Führung“ und der „ständigen Rotation“. Danach sollen die Ämter des Staats- und Parteichefs abgeschafft werden, sobald Tito stirbt. Ein Gremium von acht Funktionären würde dann Titos Rolle als Staatsoberhaupt übernehmen.

Je ein Mitglied dieser Gruppe stammt aus den sechs Teilrepubliken, zwei weitere vertreten die autonomen Regionen Kosovo und Vojvodina. Die acht sollen einander jedes Jahr an der Spitze des Gremiums ablösen.

Das Prinzip der „kollektiven Führung“ gilt inzwischen auch in der Partei sowie in den „gesellschaftlichen Organisationen“. So wollen neuerdings so-

gar Turnvereine und Genossenschaften von einem Kollektiv geleitet werden.

In seinem Reformeifer ließ sich Tito nicht einmal durch die KP-Satzung bremsen: Auf seine Empfehlung hin wählte das Parteipräsidium im Oktober 1978 den Bosnier Branko Mikulić zum geschäftsführenden Vorsitzenden, obwohl es einen solchen Posten nach den Statuten gar nicht gibt.

Mikulićs Ernennung schwächt die Stellung des Sekretärs der Gesamtpartei, Stane Dolanc. Er galt lange Zeit als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge des Marschalls. Würde Tito heute sterben, müßte Dolanc die Macht mit Mikulić teilen.

Obwohl Mikulić nach dem Rotationsprinzip nur ein Jahr lang amtiert darf, macht er sich für die „kollektive Führung“ stark: „Die ‚kollektive Führung‘ ist eine tödliche Spritze gegen bürokratische Führungsambitionen von einzelnen oder Gruppen. Wer sich

dennoch auf das Risiko einläßt, die Befugnisse und Funktionen kollektiver Organe zu usurpieren, wird rechtzeitig entlarvt und unschädlich gemacht.“

Das war eine Warnung für Dolanc. Denn im Gegensatz zu Mikulić ist Dolanc bis zum nächsten Parteitag gewählt, mithin noch drei Jahre im Parteiamt. Stirbt Tito, hat Dolanc, zumindest theoretisch, die besten Chancen, Parteichef zu werden.

Mit der Dauer-Rotation glaubt Tito, die Machtfrage nach seinem Ableben gelöst zu haben. In Jugoslawien bestehen allerdings Zweifel, ob die Regelung auch funktioniert. Schon kursiert in Belgrad ein Witz, der die „kollektive Führung“ mit einem Harem vergleicht: „Jeder kommt einmal dran, aber niemand weiß, wann.“

SÜDTIROL

Alarmstufe drei

Das Urlaubsziel vieler Deutscher wird durch Skilifts, Straßen, Hotels verhandelt. Viele einheimische Südtiroler fordern jetzt, die Erschließung zu stoppen.

Um den Fremdenverkehr anzukurbeln, beschloß der Gemeinderat von Ratschings, in der Riednaugasse, „einem der schönsten Flecken unseres Gebietes“, einen Skilift zu bauen. Doch just der Verkehrsverein protestierte.

Durch die Liftanlage, wettete Vereinschef Rudolf Siller, werde auch dieser schöne Flecken zuzementiert. „Die Zukunft unseres Landes, auch die des Tourismus, liegt heute in der Erhaltung der Landschaft, nicht in der Zerstörung.“

Wie in Ratschings kommt es vielerorts in Südtirol zu Konflikten zwischen wachstumsbesessenen Bürgermeistern und hartnäckigen Naturschützern. Überdies klagen Einheimische erstmals offen darüber, daß es ihnen wegen des Massenansturms von Urlaubern, besonders aus der Bundesrepublik, im eigenen „Land“ unbehaglich wird.

So ärgerte sich ein Meraner Bürger unlängst, daß „einem statt des fröhlichen ‚grüß Gott‘ überall nur ‚guten Tach‘ entgegenschallt“, und daß die alten Heimatbräuche zur Touristen-Gaudi verflachen. Die Tageszeitung „Dolomiten“ sorgte sich: „Südtirol, quo vadis?“

Das Land zwischen Brenner und Salurner Klausen wird winters wie sommers von Touristen überschwemmt. 1978 registrierten die Hoteliers und Pensionswirte der Provinz über zwei Millionen Gäste, der Fremdenverkehrsumsatz kletterte auf eine halbe Billion Lire (1,2 Milliarden Mark).

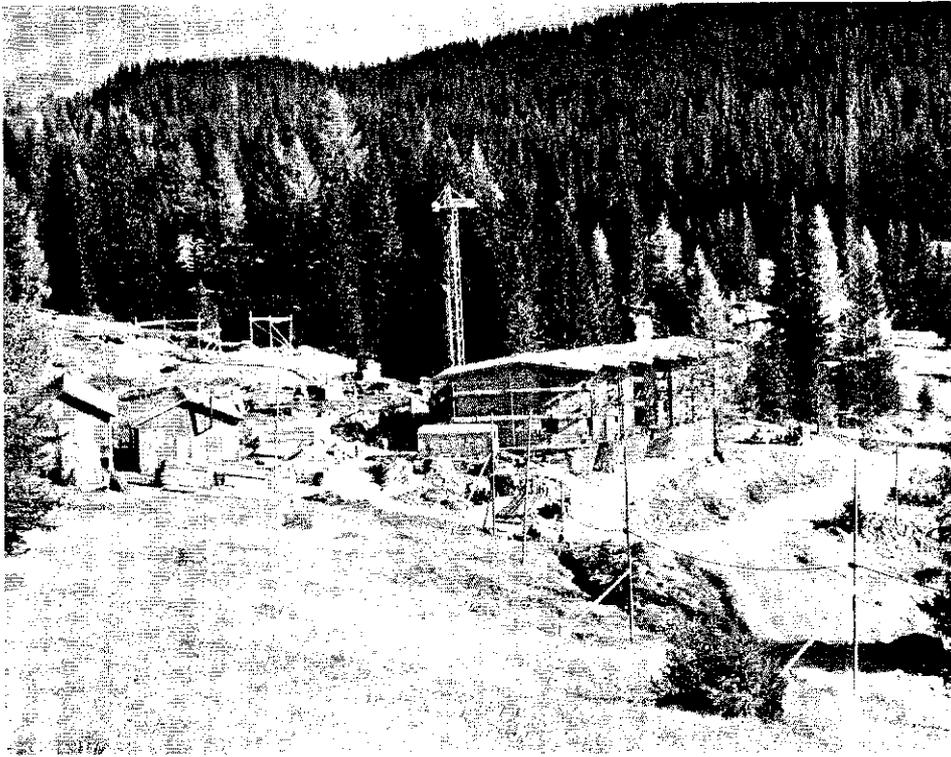
„Unversehrte Natur“ oder „unberührte Landschaftsidylle“, so preisen



Partei-Theoretiker Kardelj
Abschied vor dem Tod



Staatschef Tito
Nachfolge durch ein Kollektiv



Ferienhäuser am Karerpaß: „Bald kaum noch eine Reise wert“

Prospekte und Bildbände die Vorzüge der Alpenprovinz. In Wahrheit freilich opferten die Südtiroler ein Stück Natur nach dem anderen.

Schon 1967 schrieb der deutsche Bergschriftsteller Walter Pause über das Grödnertal: „Hier, in einem der schönsten Winkel der Alpen, herrschen heute gefräßige Planiermaschinen. Gegen alle italienischen Schutzgesetze, aber mit allen Mitteln schlauer Ellbogentaktik wurden binnen neun Jahren 77 Lifte und Bahnen errichtet.“

Das war nur der Anfang. Seither holzten die Südtiroler weitere Wälder ab, betonierten sie die Bergwelt weiter mit Liftstationen, Imbiß-Stuben, Pensionen. Etliche Dörfer der Nachbarprovinzen Trient und Belluno, die gleichfalls im Dolomiten-Revier liegen, hielten mit. Heute gibt es zwischen Cortina d'Ampezzo und Karerpaß, zwischen Seiser Alm und San Martino di Castrozza 359 Aufstiegsanlagen sowie 850 Kilometer Piste: ein gigantischer Ski-Zirkus.

Gewiß, die Tourismus-Manager und Baulöwen gelangten nicht überall ans Ziel — gelegentlich setzten sich schon mal die Naturschützer durch. Beispielsweise im Villnöser Tal, unterhalb der bizarren Geisler-Spitzen:

Der Villnöser Bürgermeister Johann Rangatscher plante mit seinem Gemeinderat bereits 1968 die Anlage von sechs Skiliften und einer vier Hektar großen Hotelzone. Und der Bozener Heimatpflegeverband sammelte 1974 fast 10 000 Unterschriften für die „Aktion zur Erhaltung der Geisler-Gruppe“. Unter dem Druck der Öffentlich-

keit griff die Südtiroler Landesregierung ein. Im April 1978 erklärte sie einen Großteil des Geisler-Gebiets zum Naturpark.

Ob derlei Maßnahmen wirklich Schutz vor Verbauung und Zersiedlung bieten, bleibt gleichwohl fraglich. Bei den Naturparks, so ein Bozener Heimatpfleger, „handelt es sich um ziemlich willkürlich abgegrenzte Gebiete, die der Wirtschaftsentwicklung doch auf die Dauer nicht standhalten können“. Viele Bergbauern sträuben sich gegen die Naturparks, weil sie fürchten, daß sie ihre Wiese nicht mal gewinnbringend an Liftgesellschaften oder Gastwirte verkaufen können.

Bis 1973 hatten der Südtiroler Alpenverein und der Heimatpflegerverband immerhin noch ein bestimmtes Mitspracherecht, wenn über neue Bauprojekte abgestimmt wurde. 1973 aber legte ein Gesetz fest, daß die Vertreter beider Organisationen in der sogenannten Landschaftsschutz-Kommission nur noch Berater-Status haben. In der Kommission dominieren Wirtschaftsinteressen.

Gefahr droht der Südtiroler Landschaft auch durch den Boom der Ferienwohnungen. Am Karerpaß zum Beispiel baute der Bozener Spekulant und Architekt Peter Paul von Putzer trotz des Widerstands der Naturschützer Hunderte von Urlauber-Häuschen, im Volksmund „Schwammerl-Bungalows“ genannt.

Vor allem Bundesdeutsche kaufen sich gern ein Feriendomizil in der Provinz Bozen. Im Rotwein-Dorf Kaltern, stellte die „Südtiroler Volkszeitung“

fest, wurden in den vergangenen zehn Jahren über 50 Hektar Grund (Wert: 40 Millionen Mark) an Ausländer verkauft. Die Fremden besitzen dort bislang 75 Wohnungen sowie 51 Einfamilienhäuser.

Bei der Betonierung Südtirols wollen auch die Straßenbauer nicht zurückbleiben. Geplant ist etwa eine Autobahn Bozen—Meran — zum Ärger der Etschtaler Bauern, die ihre „wertvollen Kulturgründe“ erhalten möchten.

Wirtschaftsgruppen in der Lombardei wie in Bayern fördern unterdes das Projekt einer Autobahn Mailand—Ulm, hauptsächlich für den Schwerlastverkehr. Auf diese Weise, prophezeite der Chefredakteur des Tageblatts „Dolomiten“, Josef Rampold, „verwüstet man den Obervinschgau“.

„Es herrscht Alarmstufe drei“, schrieb Rampold Anfang Oktober 1978. „Der Kampf gilt heute all jenen, die dieses herrliche Land für ein paar Silberlinge verschachern möchten.“

Schützenhilfe erhalten die Naturfreunde um Bozen und Meran neuerdings sogar von manchen Urlaubern. So mahnte der Norddeutsche Egon Kopiske in einem Leserbrief an die „Dolomiten“, die Fremdenverkehrs-Manager sollten den Bogen nicht überspannen. Bei jedem Südtirol-Besuch stellte er „wieder neue Zerstörungen von einst idyllischen Plätzen“ fest.

Tourist Kopiske: „Für wirkliche Naturfreunde ist Südtirol bald kaum noch eine Reise wert.“

SCHWEIZ

Tiefe Furchen

Wer in wilder Ehe lebt, muß noch heute mit Strafe rechnen. Trotzdem wählen immer mehr Schweizer das Konkubinat — der Steuervorteile wegen.

Jost Dillier, Staatsanwalt des urschweizerischen Kantons Obwalden, hat für Brautleute ein ganz besonderes Interesse.

Woche für Woche nimmt er die standesamtlichen Heiratsanzeigen „genau unter die Lupe“, wie er selbst sagt. Und wenn Dillier bei zwei Heiratslustigen die gleiche Wohnadresse entdeckt, setzt er seine Kantonspolizisten in Marsch: Falls Braut und Bräutigam tatsächlich in der gleichen Wohnung leben, „gibt es eine Anklage wegen Konkubinat“.

Die wilde Ehe gefährde „die geistigen Grundlagen des Volkes“, erläutert Caspar Arquint, höchster Richter im Kanton. Deshalb dürfe „der Staat dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen“.

In 13 der 26 Schweizer Kantone sind noch heute diejenigen mit Haft